

# SVP *ja*

**SVP**  
**UDC**

**Die Zeitung des Mittelstandes**

## 7 x NEIN am 18. Mai!

Diverse linke und grüne Volksinitiativen kommen am 18. Mai zur Abstimmung. Ihnen allen ist gemeinsam, dass sie viel Geld kosten, neue und unnötige Vorschriften einführen und dem Staat neue Aufgaben übertragen wollen. Die SVP lehnt daher alle diese Vorlagen klar ab. **Seiten 3 bis 8**



Bild SPB Daniel Ammann

### **Bürgerlich oder sozialistisch?**

**Seite 3**

Unterschreiben Sie die SVP-Prämiensenkungsinitiative als Gegenvorschlag zur SP-Gesundheitsinitiative

### **Macht vor Recht: Die Ohnmacht der UNO**

**Seite 11**

Stellungnahme zum Irak-Krieg von NR Caspar Baader, Fraktionspräsident, vor der Bundesversammlung

### **SVP - mit dem Volk verbunden!**

**Seite 12**

Jede Woche steht Ihnen ein Eidg. Parlamentarier am SVP-Telefon Red und Antwort

# Was, wenn?

**Viele von uns haben das kleine Erdbeben vom 22. Februar 2003 gespürt. Die meisten von uns haben vom zerstörerischen Erdbeben von Basel vom 18. Oktober 1356 gehört. Was, wenn wir in unserer vernetzten, verletzlichen schweizerischen Zivilisationslandschaft erneut ein derartiges Erdbeben erleben?**

Schauen wir den Tatsachen in die Augen: Es kann geschehen. Wir sind keineswegs sicher, eine Vorwarnung zu erhalten. Die Schäden werden gross sein.

Was bedeutet diese Erkenntnis? Sie bedeutet in erster Linie, dass wir nicht verantworten können, jene Instrumente des Staates allzu schwach werden zu lassen, die in derartigen Fällen gebraucht werden, wie die Armee und die Mittel des Bevölkerungsschutzes. Schwach werden diese Instrumente dann, wenn man sie nicht von Zeit zu Zeit erneuert

und veränderten Risiken anpasst. Diese nötige Erneuerung nehmen wir mit den beiden Vorhaben Armee XXI und Bevölkerungsschutz XXI vor.

Nach dem Erdbeben des 14. Jahrhunderts marschierten 1500 Berner dem durch die Zerstörung der Stadtmauer wehrlos gewordenen Basel zu Hilfe, während die Nachbarstädte der Umgebung, Rheinfelden etwa, halfen, die Basler Strassen vom Schutt zu befreien und die Stadt wieder wohnlich zu machen.

Mit den Mitteln unserer Tage wäre das Entsprechende zu tun. Wir müssen dies auch morgen tun können. Und übermorgen. Es ist richtig überall zu sparen. Auch bei der Armee, auch im Bevölkerungsschutz. Gesunde Staatsfinanzen sind eine gemeinsame Aufgabe aller, der Verzicht aller ist unerlässlich, wenn wir den Bundeshaushalt endlich wieder in Ordnung bringen wollen.

Es gilt allerdings, beim Abbau von staatlichen Instrumenten der Sicherheitspolitik sorgfältig Mass zu halten. Nicht nur beschäftigen uns immer wieder die ebenso herrlichen wie dynamischen Alpen. Unser Land liegt auch am Rand von Erdbebenzonen. Häufig sind sie bei uns nicht, die ganz grossen Katastrophen. Aber sie kommen vor. Ein Minimum geistiger und auch materieller Vorbereitung darauf gehören dazu. Denn die Ereignisse



► Bundesrat Samuel Schmid

nisse sind nicht unbedingt immer weit weg. Tage wie der 22. Februar 2003 sind häufiger als Tage wie der 18. Oktober 1356. Aber auch die selteneren Tage kommen vor. An den selteneren und schwierigeren Tagen zeigt sich die Qualität einer politischen Kultur in besonderem Masse, einer Kultur, die praktische Antworten auf die Frage bereithält: Was wenn? ◀



## Freisinnige für neue Steuern?

**Die Belastung durch Steuern, Abgaben und Gebühren nimmt immer mehr zu. Einzig die SVP wehrt sich konsequent gegen neue Steuern. In der Frühjahrssession hat der Nationalrat bereits wieder eine Mehrwertsteuererhöhung von 2,3% (!) ins Auge gefasst und sich für eine massive Erhöhung der Tabaksteuer ausgesprochen.**

Erinnern Sie sich? Auf den Wahlkampf 1999 lancierte die FDP eine „Steuerstopp“-Initiative. Toll, dachte man damals, endlich kommt wieder etwas Leben ins freisinnige Haus - endlich nimmt man wieder ordnungspolitische Ziele in Angriff! Doch weit gefehlt: Das Initiativprojekt scheiterte und wurde klammheimlich begraben. Symptomatisch für die Steuer- und Finanzpolitik der Freisinnigen.

Für den Wahlkampf 2003 beschränkt sich die FDP auf Verlautbarungen im Wahlprogramm. Dort rufen die Freisinnigen grossspurig nach Steuersenkungen und Erleichterungen der Unternehmensnachfolge bei KMU. Doch gleichzeitig machen führende Freisinnige genau das Gegenteil. Noch bevor das Wahlprogramm beschlossen war, preschte der freisinnige Finanzminister mit neuen Steuervorschlägen vor: Villiger überlegt sich die Einführung einer neuen Bundes-Erbschaftssteuer oder eine weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer, um das Loch in der Bundeskasse zu stopfen. Für die SVP ist klar: Neue Steuern kommen nicht in Frage! Der Staat muss den Finanzhaushalt durch zusätzliche Einsparungen wieder in Ordnung bringen.

Natürlich hat sich auch die FDP - wie immer in Wahlkampfzeiten - umgehend von Villiger und seinen Forderungen nach neuen Steuern distanziert. Pikant an dieser Geschichte: Die nationale Erbschaftssteuer wurde vor einigen Jahren von FDP-Ständerätin Vreni Spoerry (!) lanciert. Im Sommer 1997 schrieb die Sonntagszeitung, Spoerry fordere die Erbschaftssteuer als „Kompensation für die Stempelsteuer“. Nach Spoerry muss man, um glaubwürdig zu bleiben, eben „neue Ideen entwickeln“, um dem Staat zu genügend Einnahmen zu verhelfen (Sonntagszeitung vom 29.6.1997).

Ist es, liebe FDP, nicht ein bisschen einfach, Steuersenkungen zu fordern und diese gerade wieder mit neuen Steuern „auszugleichen“..?

**Gregor A. Rutz, Generalsekretär**

# Gesundheitspolitik am Scheideweg

Am 18. Mai entscheidet die Schweizer Stimmbevölkerung, welchen gesundheitspolitischen Weg sie in Zukunft gehen wird. Abgestimmt wird über die „SP-Gesundheitsinitiative“ als einem Resultat sozialistischer Planungsbemühungen mit garantiert sinkender Eigenverantwortung und mehr zentralisierter Macht.

Als Gegenkonzept legt die SVP ihre Prämiensenkungsinitiative zur Unterschrift vor, mit welcher einer auf freiheitlichen Grundsätzen und eigenverantwortlichem Verhalten aufgebauten Gesundheitspolitik der Weg geebnet wird.

Auch wenn die ersten Reaktionen zu unserer Initiative positiv sind und die Unterschriftensammlung intensiv vorangetrieben wird, so ist es wichtig, dass die Gesundheitsinitiative der Sozialdemokraten Mitte Mai deutlich abgelehnt wird. Sie weckt falsche Hoffnungen, setzt keinerlei Anreize zur Sparsamkeit und stellt die Weichen in Richtung vereinheitlichte und dirigistische Staatsmedizin. Im Wesentlichen sind es drei Gründe, welche aus Sicht der SVP gegen die Gesundheitsinitiative sprechen:

- ▶ erneute Umverteilung durch die Abschaffung der Kopfprämie
- ▶ keine Sparanreize bei den Beteiligten
- ▶ weiterer Schritt in Richtung zweitklassiger Staatsmedizin

**Titel vielversprechend, Folgen fatal**

Das Volksbegehren sieht vor, dass die Krankenversicherung

finanziert wird mit Mitteln der Mehrwertsteuer sowie Beiträgen der Versicherten, die im Verhältnis zum Einkommen und Vermögen festgesetzt werden. Alles zusammen soll in einen gemeinsamen Topf fliesen, aus dem die Krankenversicherer pro versicherte Person Beiträge erhalten. In Zahlen heisst das alles konkret, dass aus der Mehrwertsteuer zwischen 8 und 9 Milliarden - rund 1200.- pro Person und Jahr - generiert würde, was einer Steigerung von 4 Mehrwertsteuerprozenten entsprechen würde. Dazu kommt, dass die Belastung durch die einkommensabhängige Prämie für einzelne einkommensstarke Versicherte zum Teil einen Umfang von über einer Million mit sich bringen würde, was die Diskussionen über den Steuersitz und das Versicherungsüberobligatorium neu und zu Recht entfachte.

Ausgerechnet jene Versicherte mit kleineren Einkommen, die heute durch das System der Prämienverbilligung stark entlastet werden, müssten deshalb künftig mit einer höheren Belastung durch eine massive Mehrwertsteuererhöhung rechnen. Und was eine schwindende Kaufkraft in Gewerbe und Wirtschaft für Auswirkungen haben, kennen wir in Anbetracht der in den letzten Jahren dramatisch gestiegenen Staats- und Steuerquote nur zu gut!

## Falsche Anreize und Schwächung der Eigenverantwortung

Bei den Finanzierungsvorschlägen der Initiative fällt auf, dass von einer Kostenbeteiligung - also Franchise und Selbstbehalt - der Versicherten, die heute einen erheblichen Teil der Ausgaben deckt, keine Rede mehr ist. Das heisst, dass die Ausgaben der obligatorischen Krankenversicherung vollumfänglich durch Prämien und Beiträge aus der Mehrwertsteuer zu decken wären. Doch wenn Kopfprämien, Selbstbehalt und Franchise wegfallen, schwinden ebenso Kostenbewusstsein und Eigenverantwortung der Versicherten. Dazu kommt, dass die Sparanstrengungen in den Kantonen und bei den einzelnen Versicherten geringer würden, weil das Volksbegehren Versicherte in relativ kostengünstigen Kantonen genau gleich zur Kasse bitten will wie solche in teuren Kantonen. Konkret müssten die Innerschweizer, die Ostschweizer und die Aargauer die Kosten der ausgabenfreudigeren und mit Ärzten übertorsorgten Westschweizer, Basler und Tessiner mitfinanzieren.

## Gesunder Wettbewerb mit klaren Spielregeln und Transparenz

Die Finanzierung des schweizerischen Gesundheitswesens ist nicht so unsozial wie es die Initianten darstellen. Zum einen übernehmen die Kantone einen Grossteil der Kosten für die stationären Einrichtungen,



▶ Nationalrat Jürg Stahl, Winterthur (ZH)

zum anderen entlasten die Beiträge für die Prämienverbilligung von insgesamt rund drei Milliarden Franken Versicherte mit kleinen Einkommen. Eine grösstmögliche Transparenz und die Vertragsfreiheit zwischen den Kassen und den Leistungserbringern sind Bereiche, welche im Rahmen der KVG-Revision und/oder späterer Schritte nachhaltig umgesetzt werden müssen. Ein gesunder und mit klaren Spielregeln agierender Markt ist zukunftsweisender als ein monopolistisch-passives, vom Staat reguliertes Diktat.

## „Nein zur untauglichen SP-Gesundheitsinitiative“

### Ja zur SVP-Prämiensenkungsinitiative!“

Die Antwort auf die Gesundheitsinitiative heisst deshalb:

- ▶ Nein zu einer einseitig finanzierten Krankenversicherung mit Mehrwert- und Reichtumssteuer, also neue Steuer und Umverteilung
- ▶ Nein zur planwirtschaftlichen Regulierung im Gesundheitswesen
- ▶ Ja zu einem auf Freiheit und Eigenverantwortlichkeit basierenden Gesundheitswesen



# Vom Ausland abhängig!

Der Atom-Ausstieg macht unsere Stromversorgung abhängig vom Ausland. Er führt zu hohen Strompreisen und belastet die Luft noch mehr mit Treibhausgasen. Wir verlieren die Kontrolle über unseren Strom und über die Kraftwerke. Keine Spiele mit unserer sicheren Stromversorgung! Deshalb: 2x Nein zu den Atom-Ausstiegs-Initiativen!

**am 18. Mai**  
**2xNEIN**

**Nein zum «MoratoriumPlus»**  
**Nein zu «Strom ohne Atom»**



## “Strom ohne Atom“ und “MoratoriumPlus“ = 2 x NEIN!

Eine Mehrheit des Parlaments, und mit ihr auch die SVP lehnen die beiden Initiativen „Strom ohne Atom“ und „MoratoriumPlus“ aus mehreren Gründen ab. Zentral scheinen dabei zwei Elemente: Wir müssen der Schweiz auch in Zukunft eine genügende und wirtschaftliche Stromversorgung garantieren, vor allem aber dürfen wir nicht in vermehrter Masse von ausländischer Kernenergie abhängig werden.

Seit über 30 Jahren leben wir mit der Kernenergie und wir können mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen, dass wir sichere Kernkraftwerke haben. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass wir uns auf diesem Gebiet ein technologisches Wissen angeeignet haben, welches wir auch weltweit exportieren können. Wenden wir uns von den eigenen Kernkraftwerken ab, riskieren wir diesen Technologievorsprung sehr rasch zu verlieren. Gerade in der heute wirtschaftlich äusserst angespannten Zeit müssen wir es uns zweimal überlegen, ob wir durch den Abbau von technologischem Wissen noch mehr Arbeitsplätze aufs Spiel setzen wollen.

### Wollen wir uns in die Abhängigkeit ausländischer Kernenergie begeben?

Für mich steht ein - entscheidendes - Kriterium bei der Beurteilung der beiden Initiativen im Zentrum: die Abhängigkeit vom Ausland. Der Anteil der Kernkraft am Schweizer Strom beträgt 40 Prozent. Ohne Kernkraft geraten wir in einen akuten Energie-Engpass. Zu glauben, wir könnten die Kernenergie in wirtschaftlich ausreichendem Masse in den nächsten Jahren durch

Sonne und Wind ersetzen, ist illusorisch. Blicke mittel- und gar längerfristig nur ein Ausweg: der Bezug von Strom aus dem Ausland. Aber auch im nahen Ausland, das uns versorgen müsste, wird Kernkraftenergie produziert. Wir würden somit eine klassische Sankt-Florians-Politik be-



► Atomstrom - ein unverzichtbares Element der schweizerischen Stromversorgung

treiben, indem wir nämlich das Risiko und die Unterhalts- bzw. Entsorgungsprobleme, die unbestreitbar mit der Herstellung von Kernenergie verbunden sind, auf das Ausland abwälzen würden. Und dies notabene ohne die Möglichkeit, auf den Bau oder Unterhalt der ausländischen Anlagen auch nur den geringsten Einfluss nehmen zu können.

Die Initiative „Strom ohne

Atom“ fordert die schrittweise Stilllegung der Schweizer Kernkraftwerke und will jegliche Einfuhr von Kernenergie aus dem Ausland verbieten. Insofern ist dieses Volksbegehren konsequent und nennt das Ziel der Initianten beim Namen. Die Initiative „MoratoriumPlus“ lässt für den Import von Atomkraft ein Hintertürchen offen und ist damit die „schlitzohrigere“ der beiden Initiativen. Doch auch sie ändert nichts an der Tatsache, dass die Schweiz vom Ausland abhängig bliebe. Gerade die jüngsten Ereignisse im Nahen Osten zeigen, wie stark geopolitische Entwicklungen sich auf unsere inländische Energieversorgung auswirken können. Die beiden Initiativen sind auch aus meiner Sicht ab-



► Nationalrätin Ursula Haller, Thun (BE)

Zukunft auszusenden. Mit einer Kernenergieabgabe von 0,3 Rappen pro Kilowattstunde Kernenergie hätte ein Fonds geöffnet werden können für die Erforschung und Entwicklung neuer Energien.

Ob unsere Zukunft in der Solar- oder Windenergie liegt, wie weit wir Gas für die Produktion von Energie einsetzen können, muss an dieser Stelle nicht abschliessend erörtert werden. Wenn wir aber nicht heute konsequent an unserer Zukunft zu arbeiten beginnen, werden wir den Anschluss an die internationale Entwicklung sehr rasch verpassen. Unsere Wissenschaft und Wirtschaft ist heute durchaus in der Lage, an dieser Energiezukunft mitzuarbeiten. Geben wir ihr die Möglichkeit, dies zielgerichtet zu tun. ◀

**Am  
18. Mai 2003**  
**2 x NEIN**  
**zu den  
Atomvorlagen!**

# Staatlich befohlene autofreie Sonntage?

Am 18. Mai 2003 hat das Schweizervolk über eine wirtschafts- und tourismusfeindliche Volksinitiative zu befinden, die staatlich verordnete autofreie Sonntage verlangt. Der Staat würde ein weiteres Mal in die Gestaltung der Freizeit jedes Einzelnen eingreifen. Die Initiative ist ein untaugliches Instrument, ein verkehrspolitisches, kollektivistisches „Einpotfgericht“; sie ist unbedingt abzulehnen.

## Was will die Initiative?

In jeder Jahreszeit, also im Frühjahr, Sommer, Herbst und Winter, sollen an je einem Sonntag, „alle öffentlichen Plätze und Strassen inklusive Nationalstrassen, der Bevölkerung zum freien Gemeindegebrauch ohne privaten Motorfahrzeugverkehr gewidmet werden“, also flächendeckend übers ganze Land vier motorfahrzeugfreie Sonntage. Gestattet wären bloss der öffentliche Verkehr sowie Polizei-, Spital- und Feuerwehrautos und einige andere vom Bundesrat zu bestimmende Motorfahrzeuge.

## Umweltnutzen - ein Nuller!

Die Initianten glauben, damit auf nationaler Ebene flächendeckend Erlebnistage schaffen, die Lebensqualität erhöhen, den Treibstoffverbrauch einschränken und die Schadstoffmenge vermindern zu können. Auf den ersten Blick erscheinen diese Zielsetzungen bedenkenswert. Es ist allerdings eine Illusion zu glauben, das Total der gefahrenen Autokilometer und damit auch das Total des Treibstoffverbrauchs werde kleiner: Was man an vier Sonntagen nicht tun darf, wird an den andern 48 Sonntagen und zu-

sätzlichen sechs bis neun Feiertagen kräftig nachgeholt. So wird die scheinbar gute Idee zu einem umweltpolitischen Bumerang.



► Zurück ins Postkutschenzeitalter? Die autofreien Sonntage bringen massive Einbussen für den Schweizer Tourismus.

## Schwerwiegende Konsequenzen für Tourismus

Die vier Sonntage müssten vom Bundesrat vorausbestimmt werden; man stelle sich vor, im Jahr x sind es ein strahlend schöner Februar-, Mai-, August- und Oktobersonntag: die Tourismusgastronomie, die Sport- und Bergbahnen, die Tourismusbetriebe generell erlitten beträchtliche Einbussen. Der Staat würde damit faktisch Einkommenseinbussen verordnen, den Brotkorb von Gesetzes wegen schmälern! Jedermann weiss

ja, dass immer mehr Tourismusunternehmen auf den Tages-, speziell den Sonntagstouristen angewiesen sind und dass die Volkswirtschaft in sehr vielen Berg- und Seeregionen in unserem Land ausgesprochen tourismusabhängig sind, in verschiedenen gar über 90 %!

## Blockierte Grenzen und blockierte Touristen

Ausländische Fahrzeuge dürfen an vier (Hauptreise-)Tagen



► Nationalrat Hanspeter Seiler, Oberhofen (BE)

ne der Initianten zu. Davon wurde auch bereits in sinnvoller Weise Gebrauch gemacht; als Beispiele können etwa an den autofreien Erlebnistag in der Murtenseeregion und autofreie Ganz- oder Halbtage in Tourismusorten und verschiedenen Städten erinnert werden. Mit massgeschneiderten Lösungen wird den regional verschiedenen Gegebenheiten und Bedürfnissen mit Bestimmtheit besser Rechnung getragen.

Alle diese Überlegungen zeigen deutlich auf, dass die Forderung nach vier gesetzlich verordneten, flächendeckend autofreien Sonntagen höchst unflexibel, ja stur, umweltpolitisch nutzlos und volkswirtschaftlich schädigend ist. Wer Selbstverantwortung und kreative, initiative Freiwilligkeit fördern will und keine Eigentore schiessen möchte, kann zur Volksinitiative nur NEIN sagen. ◀

weder ein-, noch durch- und ausreisen. Fahrzeuge blieben an der Grenze und ausländische Gäste im Inland blockiert. Verschiedene würden wohl später kommen, früher abreisen oder gar das Ferien- und Transitland Schweiz meiden. Die vier autofreien Sonntage kämen einem volkswirtschaftlichen Eigentor gleich.

## Eigenverantwortung statt staatlicher Befehl!

Die gültige Gesetzgebung lässt punktuelle Aktionen im Sin-

Am 18. Mai 2003

**NEIN**

zu den autofreien Sonntagen!



## Nein zur Behinderten-Initiative

Die Volksinitiative „Gleiche Rechte für Behinderte“ (Behinderteninitiative), über die wir am 18. Mai abstimmen, würde eine Kostenlawine für Private und den Staat sowie Klagerechte nach amerikanischem Vorbild mit sich bringen. Die Forderungen sind masslos, die Initiative ist daher abzulehnen.

Die neue Bundesverfassung, die am 18. Mai 1999 vom Volk angenommen wurde, hat sich von wenigen Ausnahmen abgesehen an formellen Anpassungen orientiert.

Annahme der neuen Bundesverfassung ein Behindertenartikel Aufnahme.

Nur zwei Monate später wurde die nun zur Diskussion und Abstimmung stehende Initiative in Form eines ausgearbeiteten Entwurfs eingereicht. Die Initiative verlangt die Ergänzung der Bundesverfassung in drei Bereichen: Diskriminierungsverbot, Auftrag zur Gesetzgebung mit Schwerpunkt Gleichstellung durch Beseitigen von Benachteiligungen und dem Rechtsanspruch auf freien Zugang zu Bauten, Anlagen und Dienstleistungen. Bundesrat und Parlament haben die bereits zu einem früheren Zeitpunkt in Aussicht gestellte Gesetzgebung als indirekten Gegenvorschlag erarbeitet und in der vergangenen Wintersession verabschiedet.

gen sowie die öffentliche Hand enorme Aufwendungen. Die Anpassungspflicht für Neubauten und vor allem bei umfassenden Renovationen erfordern für Private ansehnliche Aufwendungen. Für den öffentlichen Verkehr wurden entsprechende Finanzhilfen des Bundes von 300 Millionen bewilligt. KMU müssen den Anpassungsaufwand selber erwirtschaften und ohne öffentliche Hilfe auskommen. Es darf bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen werden, dass auch ohne Verfassungsartikel im Bereich der Behindertenhilfe viel getan wurde. Die Invalidenversicherung wendet gegen 40 % ihrer Mittel für Massnahmen zur Eingliederung von Behinderten auf. Zurzeit sind es gegen vier Milliarden im Jahr, welche wirkungsvoll eingesetzt werden.



► Nationalrat Toni Bortoluzzi, Affoltern a. A. (ZH)

### Initiative ist unberechenbar

Der Bundesrat ist in der Botschaft mit der Beurteilung der Folgekosten der Behinderteninitiative zurückhaltend. „Genaue Kostenschätzungen für die Eigentümer von Gebäuden und Anlagen sowie die Anbieter von Dienstleistungen lassen sich nicht anstellen.“ Es kann keine verbindliche Aussage gemacht werden, wie der in der Initiative vorkommende Begriff „wirtschaftliche Zumutbarkeit“ durch die Rechtsprechung angewandt wird. So der Bundesrat in der Botschaft zur Initiative.

Man geht davon aus, dass allein für den öffentlichen Verkehr bei Annahme der Initiative Anpassungskosten von einigen Milliarden Franken anfallen würden. Die uneingeschränkte Anpassungspflicht bei Privaten ist zudem ein fragwürdiger Eingriff in die Eigen-

tumsfreiheit. Obwohl nur etwa 10 % der Bevölkerung von einer Behinderung betroffen sind, verlangt die Initiative die Anpassung sämtlicher Gebäude und Wohnungen. Vor allem bei älteren Gebäuden würden dadurch völlig unverhältnismässige Anpassungen nötig sein. Die Initianten bestreiten, mit der Initiative Unmögliches zu verlangen. Die wirtschaftliche Zumutbarkeit ist in der Initiative erwähnt und muss gewährleistet sein. Das ist vom Text her sicher richtig, damit wird die Rechtsunsicherheit aber erst recht geschaffen. Das breit ausgestaltete Klagerecht Behinderter ist bestens dafür geeignet, mit Unterstützung von Medien und professionellen Behindertenorganisationen einem neuen Zweig prozessfreudiger Juristen ein Tummelfeld zu eröffnen.

Die Behinderteninitiative ist überrissen und nimmt keine Rücksicht. Sie verlangt Unmögliches sofort, mit unabsehbaren Folgekosten. Sie bringt uns zudem ein Klagerecht nach amerikanischem Muster. Ein Nein zur Behinderteninitiative schafft die Grundlage für eine einvernehmliche Behindertenpolitik. ◀



Bild: SPB, Monika Pfütziger

► Auch ältere Gebäude müssten bei einer Annahme der Initiative sofort behindertengerecht umgebaut werden.

Eigentliche materielle Änderungen haben sich auf einzelne besondere Anliegen beschränkt. Eines dieser als dringend und wichtig bezeichneten Anliegen betraf die Frage der Gleichstellung der behinderten mit den nicht behinderten Menschen. Diese Forderung um Aufnahme in der Verfassung wurde bereits einige Jahre zuvor eingebracht. Der Kern des Begehrens, nämlich den Abbau von Schwierigkeiten, denen sich Behinderte im Alltag ausgesetzt sehen, fand uneingeschränkte Zustimmung. So fand denn mit der

### Anliegen sind erfüllt

Wenn man davon ausgeht, dass es nicht darum gehen kann, ohne Rücksicht zu fordern, dann erfüllt die Behindertengesetzgebung die wesentlichen und auch berechtigten Anliegen behinderter Menschen. Das Gesetz, welches am 1. Januar 2004 in Kraft treten wird, berücksichtigt die Möglichkeiten aller Betroffenen. Um nur die im Gesetz formulierten Anpassungen vorzunehmen, braucht es für Private, Unternehmungen



# Finanzreferendum auch auf Bundesebene

**Die SVP-Fraktion fordert mit einem parlamentarischen Vorstoss die Einführung des fakultativen Referendums in Finanzfragen auf eidgenössischer Ebene. Dieses bei Kantonen und Gemeinden bewährte Instrument wird die Politik zu einem vorsichtigeren Umgang mit Steuergeldern zwingen.**

Der Zustand der Bundesfinanzen gibt nicht nur der SVP-Fraktion Anlass zur Sorge. Selbst unser Finanzminister, der „grenzenlose Optimist“ (Zitat SonntagsZeitung vom 11.8.02), zeigt sich über den Zustand des Bundeshaushaltes besorgt. Noch im August 2002 verabschiedete der Bundesrat einen Finanzplan mit einem durchschnittlichen Ausgabenwachstum von 4,2% pro Jahr. Von diesem nahm das Parlament in ablehnendem Sinne Kenntnis. Grund dazu war die Einnahmentwicklung des letzten Jahres und demzufolge das schon im Dezember absehbare Defizit von mehr als drei Milliarden Franken in der Finanzrechnung des Bundes des Jahres 2002. Noch vor zwei Jahren hat selbst Bundesrat Viliiger die von unserer Fraktion eingebrachten konkreten Anträge zur Einsparung von 2,1 Milliarden Franken als unnötig bekämpft.

Nun hat sich der Bundesrat angesichts der unhaltbaren Entwicklung des Finanzhaushaltes des Bundes selbst veranlasst gesehen, dem Parlament Sparprogramme in der Höhe von total 2,5 Milliarden Franken zu beantragen. Wir finden in diesen bundesrätlichen Anträgen viele der von uns 2001 und 2002 vorgeschlagenen Massnahmen wieder!

Kaum verständlich ist jedoch,

wie trotz dieser schwierigen Situation dem Parlament von Seiten des Bundesrates und der Verwaltung weiterhin neue Begehren vorgelegt werden: Sanierung der maroden Kasse der Invalidenversicherung, neues Wohnbauförderungsprogramm, Rahmenkredit für globale Umweltprogramme, Rahmenkredit für Friedenssicherung etc., etc. etc.

## Text des Vorstosses

**Die Bundesverfassung ist wie folgt zu ergänzen:**

***Dem fakultativen Referendum unterstehen Bundesbeschlüsse über Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen, die neue einmalige Ausgaben oder neue wiederkehrende Ausgaben nach sich ziehen, die einen zu bestimmenden Betrag überschreiten. Die jährlichen Zahlungskredite sind nicht referendumsfähig. Zu prüfen ist, wie allenfalls gewisse Zahlungskredite ab einem zu bestimmenden Betrag dem fakultativen Referendum unterstellt werden können.***

Hier kürzen, da neue Aufgaben einführen, Hüst und Hott. Die Fraktion der FDP treibt dabei ein eigenartiges Spiel. Kaum steht das EVD nicht mehr unter FDP-Führung, erinnert man sich des Parteiprogrammes und kürzt die Kredite bei der Wohnbauförderung, die man noch vor wenigen Wochen im Ständerat gutgeheissen hat (damals hiess der antragstellende Bundesrat allerdings noch Couchepin und nicht Deiss).

Um solches Treiben um einen schwer angeschlagenen Fi-

nanzhaushalt zu erschweren, hat die SVP-Fraktion eine parlamentarische Initiative für die Einführung eines fakultativen Finanzreferendums eingereicht.

## Bewährte direkte Demokratie

Der Einfluss der direkten Demokratie auf die Finanzhaushalte hat sich auf vielen Stufen unseres Gemeinwesens bewährt. Wo der Bürger und die Bürgerin direkt auf Ausgabenprojekte Einfluss nehmen können, wird sorgfältiger und umsichtiger geplant als dies gegenüber parlamentarischen Organen geschieht.



► Nationalrat Hermann Weyeneth, Jegenstorf (BE)

gelehnt, die in der Folge zwar nicht erledigt war, aber unter besserem Kosten-Nutzen-Verhältnis neu aufgelegt und im zweiten Anlauf folglich auch angenommen wurde.

Beim Bund kennen wir nur für Verfassungs- und Gesetzesänderungen das obligatorische, bzw. das fakultative Referendum, sowie in Steuerfragen zur Beschaffung der Mittel zur Finanzierung des Bundes. Ausgabenbeschlüsse hingegen werden ohne Zustimmung des Volkes gefasst. Diese Regelung entstand zu einer Zeit, als die hauptsächlichste Ausgabe des Bundes jene der Finanzierung der Armee war. Heute, in einer Zeit, in welcher der öffentliche Verkehr, zahlreiche Finanzierungen der Sozialfürsorge und weitere Aufgaben weit mehr Mittel beanspruchen als die Armee, hat das Finanzreferendum deshalb auch seine vollumfängliche Berechtigung auf Bundesebene. ◀



# Gegen eine Verstaatlichung der Berufsbildung

Der Grundgedanke, den die Initianten der Lehrstelleninitiative mit ihrem Anliegen aufnehmen, ist bestechend - alle Jugendlichen sollen das Recht haben:

- ▶ den Beruf zu erlernen, den sie wollen,
- ▶ zu dem Zeitpunkt, den sie wählen,
- ▶ an dem Ort, an dem sie es wünschen.

Haben sich die Initianten aber wohl schon die Frage gestellt, wie es mit der Praktikabilität dieses Anliegens steht? Haben sie nicht festgestellt, wie realitätsfremd die Initiative ist, was sie uns kostet und wie verheerend sie sich auf das duale Bildungssystem auswirken wird? Vermutlich nicht, sonst hätten sie die Initiative längst zurückgezogen. Das Parlament hat ihnen mit dem neuen Berufsbildungsgesetz eine Brücke gebaut, indem verschiedene Anliegen der Initiative im neuen Gesetz aufgenommen worden sind. Ich denke beispielsweise an den Berufsbildungsfonds.

Die Initianten wollen mit ihrem Vorstoss ein „Menschenrecht für alle Jugendlichen und einen Schlüssel fürs künftige

Berufsleben“ schaffen. Sie verlangen ein einklagbares Recht auf berufliche Ausbildung. Verantwortlich für ein genügendes Angebot sollen der Bund und die Kantone sein. Es dürfte jedoch wohl kaum reichen, nur ein genügendes Angebot zu erstellen, sondern es müsste auch am richtigen Ort angeboten werden. Denn der Mediamatikerlehrling vom Unterengadin will vermutlich nicht nach Zürich, um seine Lehre zu absolvieren. Zudem wird auch nicht danach gefragt, ob für entsprechende Berufsleute überhaupt eine Nachfrage besteht. Berufsleute werden auf Halde produziert, unabhängig von den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes und den Beschäftigungsmöglichkeiten in der Wirtschaft.

Wenn ich das mit einem Praxisbeispiel verdeutliche, sieht das beim Lehrstellennachweis im Kanton Bern zurzeit folgendermassen aus:

Am 11. März 2003 wurden u.a. noch 60 Kochlehrlinge gesucht sowie 18 Elektromonteure. In Modeberufen wie Informatiker oder Elektroniker hingegen sind kaum mehr Lehrstellen offen. Im Gegenteil, längst nicht alle Jugendlichen, die eine Informatikerlehre absolvieren wollten, finden einen entsprechenden Ausbildungsplatz. Nach Annahme der Initiative müsste die öffentliche Hand für derartige Lehrstellen sorgen, dies obschon zurzeit kaum Berufsleute in diesem Bereich nachgefragt werden. Ausgelernte Köche hingegen sind am Arbeitsmarkt schwierig zu finden.

Wenn der Staat die Verantwortung für genügend Lehrstellen übernehmen soll, dann muss ihm entweder das Recht zugestanden werden zu bestimm-

men, wer welchen Beruf zu erlernen hat, was stark an kommunistische Praktiken erinnert, oder aber er hat die gewünschten Berufe an Schulen oder in staatlichen Betrieben auszubilden. Er würde dazu verpflichtet, den Überlauf an Lehrlingen, der nicht in der Privatwirtschaft untergebracht werden kann, zu übernehmen, denn die Privatwirtschaft könnte kaum gezwungen werden, Lehrstellen anzubieten für Berufsleute, die nicht nachgefragt werden. Eine Annahme der Lehrstelleninitiative würde somit klar zu einer Verstaatlichung des Berufsbildungswesens führen. Die Betriebe würden aus der Verantwortung für die Berufsbildung entlassen. Die logische Konsequenz wäre, dass sie die Ausbildung der Berufsleute einstellen und vom Staat die richtige Anzahl Berufsleute zur richtigen Zeit fordern würden. Jetzt fehlt es nur noch, dass nicht nur jeder Jugendliche den Staat einklagen kann, wenn dieser ihm nicht die richtige Berufslehre anbietet, sondern auch jede Firma vom Klagerecht Gebrauch machen kann, wenn der Staat nicht die richtigen Berufsleute bereithält - und der Juristenstaat wäre komplett. Die Ini-



▶ Nationalrat Hansruedi Wandfluh, Unternehmer, Frutigen (BE)

tiative ist Juristenfutter erster Güte.

Es bleibt zu hoffen, dass der Lehrstelleninitiative eine deutliche Abfuhr erteilt wird, denn unser Berufsbildungssystem verdient es, erhalten zu werden. Unsere Berufsleute werden im In- und Ausland als gut ausgebildete Fachkräfte geschätzt.

Sowohl Bundesrat, als auch National- und Ständerat haben die Lehrstelleninitiative deutlich abgelehnt. Ich bitte Sie, dasselbe zu tun und sage NEIN zur Lehrstelleninitiative. ◀

*Am  
Anfang  
jeder starken  
Werbung  
steht das  
Inserat!*

**Inseratetarif  
auf [www.svp.ch](http://www.svp.ch)**

**NOSER**  
...für dekoratives Licht!

**...the  
swiss brand!**

[www.noserlight.ch](http://www.noserlight.ch)

# Griff in unser Portemonnaie!

**(SVP) In der Frühlingsession der eidgenössischen Räte wurden - einmal mehr gegen den Willen der SVP - höhere Steuern und neue Ausgaben beschlossen. Die Mehrwertsteuer soll um einen Drittel steigen, die Tabaksteuer um 80 %.**

Der Nationalrat ging bei der 11. AHV- und der 4. IV-Revision einmal mehr den Weg des geringsten Widerstandes und sprach sich für Steuererhöhungen aus. Er entschied sich gegen den Willen des Ständerates dafür, bereits heute die Verfassungsgrundlage für eine Mehrwertsteuererhöhung von 1.5% zugunsten der AHV zu schaffen. Das Ziel dieser Strategie ist klar: Man spekuliert auf einen Beitrag zur Sanierung der maroden Bundeskasse. Begründet wird die Steuererhöhung dann mit der zunehmenden Alterung unserer Gesellschaft.

Für die marode IV-Kasse hat der Nationalrat zudem gegen den Willen der SVP weitere 0,8% MWSt gesprochen. Die SVP versuchte vergeblich, die Erhöhung der MWSt auf 6 Jahre zu befristen, bis zum Zeitpunkt, wo die Schulden der IV abgetragen sind. Die Ausgaben der IV haben in den letzten fünf Jahren um über 25 Prozent zugenommen, da immer mehr Kategorien von Unterstützungsbedürftigen der IV zugeschoben werden. Dies zeigt sich daran, dass heute 5 % der Bevölkerung im erwerbstätigen Alter eine IV-Rente bezieht. Kein Wunder, wies sie im Jahr 2002 ein Defizit von 1200 Millionen Franken aus.

Vergeblich hat sich die SVP auch dagegen gewehrt, die Tabaksteuersätze um 80 Prozent anstelle maximal 50 Prozent zu erhöhen. Dabei geht es um Steuererhöhungen von bis zu 900 Millionen Franken. Dem Bundesrat die Kompe-

tenz zu derart weit reichenden Steuererhöhungen zu erteilen, ist fahrlässig. Er wird nicht zögern, auf diesem Weg die Bundeskasse zu sanieren. Denn die Tabaksteuer fliesst nicht, wie viele meinen, direkt in die AHV, sondern macht den Umweg über die Bundeskasse. Dies hat zur Folge, dass die Bundeskasse entlastet wird, wenn die Tabaksteuer mehr Ertrag abwirft. Die AHV hingegen erhält keinen einzigen Franken mehr.

## **Gelder für Umweltschutz, Wohnbau- förderung und Friedens- förderung**

Als ob mit der Bundeskasse alles in Ordnung wäre, hat der Nationalrat die Grundlage für einen Rahmenkredit zur Beteiligung der Schweiz am Globalen Umweltfonds (GEF), am multilateralen Ozonfonds und am Klimafonds gesprochen. Ebenso für die eidgenössische Wohnbauförderung, bei welcher schnell klar wird, dass sie am Ziel vorbeigeht: Mit dem Rahmenkredit von rund 300 Millionen Franken können pro Jahr ca. 1000 Wohnungen verbilligt werden. Ein Drittel davon, also 300 Wohnungen, würde auf die Wohneigentumsförderung entfallen. Damit ist die Wirksamkeit dieses WFG als Mittel zur breiten Streuung des Eigentums ohnehin in Frage gestellt. Der Bund würde für die nächsten vier Jahre Verpflichtungen von über 2 Milliarden Franken ein-

gehen; 4 Milliarden hat er noch vom WEG (der alten Wohnbauförderung) her.

## **Hoffnung auf Bussengelder mit 0,5 Promille**

Potentielle neue Einnahmequellen über Bussengelder und natürlich eine weitere Annäherung an die EU resultieren aus der Senkung der Promille-Grenze auf 0,5. Die SVP hatte sich stets dagegen ausgesprochen. Der Beschluss des Nationalrats wird zwar mit seinen Abstufungen als Kompromiss verkauft (Alkoholmenge im Bereiche von 0,5 bis 0,79 Promille nicht qualifiziert, eine Alkoholmenge von 0,8 Promille und mehr als qualifizierte Blutalkoholkonzentration), faktisch gilt man künftig ab 0,5 Promille in jedem Fall als fahruntüchtig. Der Durchschnitt der alkoholisierten Unfallverursacher liegt aber in der Schweiz bei sage und schreibe 1,9 Promille. Damit ist auch klar, dass es lediglich darum geht, unter dem Deckmantel der Sicherheit mehr Geld zu machen. Und dabei wird einmal mehr ein ohnehin angeschlagener Wirtschaftszweig, das Gastgewerbe, in Misskredit gebracht.

## **Lichtblicke am Horizont**

Die Einigungskonferenz lehnte die Einführung einer Atomstrom-Lenkungsabgabe von 0,3 Rappen pro Kilowattstunde zugunsten erneuerbaren Energien ab. Die Netzbetreiber wären mit 150-200 Millionen Franken belastet worden, was sich auf die Energiepreise zum Nachteil der schweizerischen Volkswirtschaft ausgewirkt hätte.

Mit dem Ja des Ständerates

schliesslich wurde die von der SVP unterstützte Motion „Überprüfung der Aufgaben des Bundes“ gutgeheissen. Die SVP verlangte seit langem eine radikale Trendwende im Bereich der Aufgaben- und damit verbundenen Ausgabenflut. Der Nationalrat seinerseits stimmte der ebenfalls von der SVP unterstützten Motion Walker zu, die auf eine reale Erhöhung der Ausgaben verzichten will. Dies wirft zwar ein seltsames Licht auf die Ausgabenfreudigkeit in anderen Sessionsgeschäften, zeigt doch aber immerhin, dass sich Teile des Rats nach und nach bewusst werden, dass einfach kein Geld mehr da ist für immer neue Aufgaben für die Eidgenossenschaft.

Damit dieses Bewusstsein auch gedeiht, reichte die SVP eine Reihe von Vorstössen ein, die hier nachhaken, unter anderem für ein Finanzreferendum, ein Behördenreferendum und für die Überprüfung diverser Aufgaben.

## **Sondersitzung zum Irak-Krieg**

Die vereinigte Bundesversammlung traf sich am zweitletzten Sessionstag zu einer Sondersitzung anlässlich des Kriegsbeginns. Um auch die politischen Lehren aus dem tragischen Scheitern des diplomatischen Bemühungen zu ziehen, stellte die SVP die Mitgliedschaft der Schweiz in der UNO und bei PfP in Frage (s. rechte Seite). Der FDP-Ratspräsident Yves Christen wies die SVP zurecht. Offenbar zog er eine Schein-Debatte dem SVP-Klartext vor. ◀



# Macht geht vor Recht: Die Ohnmacht der UNO

**Ansprache von Nationalrat Caspar Baader, Fraktionspräsident, vor der Eidgenössischen Bundesversammlung vom 20. März (Tag des Kriegsausbruchs).**

Die SVP-Fraktion bedauert sehr, dass heute Nacht im Irak Krieg ausgebrochen ist; dies vor allem deshalb, weil immer die betroffene Zivilbevölkerung unter solchen Auseinandersetzungen am stärksten leiden muss - Menschen, die diesen Krieg weder verschuldet noch begonnen haben. Wir hoffen, dass die Zahl der Opfer möglichst klein bleibt und dass sich der Konflikt nicht auf andere Länder ausweitet.

## Schiffbruch der Staaten-gemeinschaft

Heute muss man feststellen, dass die Staatengemeinschaft, mit dem Sicherheitsrat als ihrem Organ, das für die Sicherheit verantwortlich ist, Schiffbruch erlitten hat. Es geschieht jetzt genau das, wovor die SVP schon vor dem Uno-Beitritt gewarnt hat. Der Bundesrat sagte damals, wir seien nur noch von Freunden umgeben. Und jetzt, nicht einmal ein Jahr danach, ist ein tiefes Zerwürfnis zwischen den Freunden entstanden.

Insgesamt hat der Sicherheitsrat in den letzten zwölf Jahren, seit 1991, 17 Resolutionen zum Irak beschlossen - und keine wesentliche davon erfüllt. Der Sicherheitsrat debatierte, fasste Beschlüsse und konnte sich nicht entschliessen, sein Hauptziel, nämlich die Entwaffnung des Iraks, selbst effektiv durchzusetzen. Daher trägt die Uno eine grosse Mitverantwortung dafür, dass es überhaupt zum

Krieg gekommen ist. Sie hat die Umsetzung der eigenen Resolutionen verhindert.

An sich ist die Situation heute dieselbe wie vor dem Kosovo-Krieg. Damals drohten Russland und China im Sicherheitsrat mit ihrem Veto, worauf der Mächtigste allein zuschlug. Damals waren es die USA und die Nato. Die Uno hat dieses Vorgehen erst nachträglich, nach dem Waffenstillstand, mit einer Resolution sanktioniert.

## Macht gegen Völkerrecht

Eigentlich stellte dieses Vorgehen der USA und der Nato eine Verletzung von Uno-Völkerrecht dar, dürfte doch eine militärische Aktion gegen einen Mitgliedstaat der Uno nur nach vorgängigem Beschluss des Sicherheitsrates erfolgen. Und jetzt? Jetzt machen die USA wieder dasselbe wie in Kosovo, nur mit dem Unterschied, dass die Europäer sich anders verhalten.

Aus Schweizer Sicht muss festgestellt werden, dass sich einmal mehr nicht das Recht - auch nicht Uno-Recht -, sondern einzig und allein die Macht durchgesetzt hat. Dort, wo Macht über das Recht dominiert, gibt es für die Schweiz nur eine Haltung, und die heisst: strikte Neutralität. Wir dürfen uns nicht in diesen Konflikt hineinziehen lassen, weder aufseiten der USA noch aufseiten der machtlosen Uno.

Aus diesem Grunde fordern

wir den Bundesrat zu folgenden vier konkreten Massnahmen auf:

**1.** Der Bundesrat muss dafür sorgen, dass die Schweiz als Folge dieses Konfliktes wieder zur Politik der immerwährenden, bewaffneten **Neutralität** zurückkehrt. Das heisst, der Bundesrat darf beispielsweise in diesem Konflikt keiner Partei Überflugrechte über unser Land gewähren. Unsere Bevölkerung erwartet dies. Dieser Konflikt wird zu einer Bewährungsprobe für die Neutralität unseres Landes werden.

**2.** Der Bundesrat hat sofort alle notwendigen Massnahmen für den **Schutz unseres eigenen Landes** zu treffen, sei es vor terroristischen Anschlügen, sei es aber auch davor, dass unser Land von irgendeiner Partei als Plattform missbraucht wird.

**3.** Der Bundesrat soll erklären, dass die Schweiz als neutrales Land für **Gute Dienste und humanitäre Hilfe** zur Verfügung steht. Dies kann er aber nur, wenn er sich jeglicher Parteinahme enthält. Als neutrales Land ist die Schweiz prädestiniert, solche Hilfe zu leisten. Die finanzielle Hauptverantwortung dafür haben aber jene zu tragen, die diesen Krieg begonnen haben.

**4.** Schliesslich soll der Bundesrat sofort seine **Mitgliedschaft bei Partnership for**



► Nationalrat Caspar Baader, Gelterkinden (BL)

**Peace sistieren** und überdenken. Dieses Projekt baut nämlich auf der Illusion auf, dass es nur noch einen gemeinsamen Willen der Völkergemeinschaft gibt, weltweite Ordnung zu garantieren. Diese Illusion ist mit dem heutigen Tag gescheitert.

Die begonnene Eskalation des Irak-Konfliktes zeigt, dass die SVP mit ihren seinerzeitigen Bedenken gegen den Uno-Beitritt einmal mehr sehr rasch Recht bekommen hat. Eigentlich müsste man diesen bereits wieder überprüfen, zeigt sich doch, dass die strikte Neutralität die einzige zu verantwortende Haltung für den Kleinstaat Schweiz ist. ◀

Originalzitat nach dem Amtlichen Bulletin des Parlaments ([www.parlament.ch/ab/frameset/d/index.htm](http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/index.htm))

**Haben Sie sich diesen Termin schon reserviert?**

**Samstag, 23. August 2003**

**Grosses Parteifest  
in Holziken (AG)**

**Bestellen Sie Festkarten bei Ihrem kantonalen SVP-Sekretariat**

# SVP - mit dem Volk verbunden!

Sie läuft bereits seit anfangs April: die Telefonaktion der SVP „Mit dem Volk verbunden“. Ab sofort und bis zu den Eidg. Wahlen vom 19. Oktober 2003 haben Sie jede Woche die Möglichkeit, einer Eidg. Parlamentarierin bzw. Parlamentarier direkt am Telefon Ihre Fragen zu stellen. Die Parteizeitung SVPja informiert Sie laufend über die aktuellen Gespräche. Nutzen Sie diese einmalige Gelegenheit und stellen Sie Ihre ganz persönlichen Fragen!

## Am SVP Telefon im April:

- ▶ **Mittwoch, 9. April 2003**  
**NR Ulrich Schlüer (ZH)**
- ▶ **Mittwoch, 16. April 2003**  
**NR Hansjörg Walter (TG)**
- ▶ **Mittwoch, 23. April 2003**  
**NR Ueli Maurer (ZH)**
- ▶ **Mittwoch, 30. April 2003**  
**NR Brigitta M. Gadiant (GR)**

**Die SVP Nummer: 031 302 04 09**

**Die Leitung ist jeweils offen am Mittwoch von 17.00 - 19.00 Uhr.**

## Kurzmeldungen



Im Kanton Genf wurde der Regierungsratssitz von Micheline Calmy-Rey neu besetzt. **SVP-Kandidat André Reymond** erreichte mit **8.8 %** der Stimmen ein respektables Resultat. Obwohl die Chancen der Kandidatur sehr klein waren, lag der SVP-Wähleranteil nur wenig tiefer als bei den Grossratswahlen.



In Arbon, der drittgrössten Stadt im Thurgau, gewann die SVP mit **Carlo Isepponi** wieder einen Sitz im Stadtrat und erreichte im Parlament mit **6 von 30 Sitzen** ein sehr gutes Ergebnis.

Kurzmeldungen über  
Neugründungen von Sektionen, Wahlen, etc.  
bitte direkt an [svpja@svp.ch](mailto:svpja@svp.ch)

## 1. SVP - Zwickmeisterschaft (für jedermann)

**Samstag, 19. April 2003, 13.00 Uhr**  
**Restaurant Sonne Wintersberg, Ebnet-Kappel (SG)**

- Spielregeln nach „Bendler Art“
- Mitspielen kann jedermann (und jede Frau).
- Die Veranstaltung ist öffentlich.
- Die Teilnehmerzahl ist beschränkt.
- Teilnahmepreis Fr. 20.- (inkl. währschafte Zwicksuppe von Julia).
- Erkoren werden sowohl der Zwickmeister, als auch der Oberzwickler.
- Mindestens 50% der Teilnehmenden erhalten einen schönen Preis, der Sieger einen lebendigen Zwick.
- Weitere Infos finden Sie auf [www.svp-stgallen.ch](http://www.svp-stgallen.ch)

**Anmeldungen an:**  
**Hans Brunner, Trepel, 9643 Krummenau, 071/993 39 40**

## Impressum SVPja

**Herausgegeben von der**  
**Stiftung SVP-Parteizeitung**

**Erscheint 12 Mal im Jahr**

**Verantwortlich für die Redaktion:**  
Dr. Yves Bichsel

**Anzeigenverwaltung:**

Simon Glauser, Tel 031 302 58 58, Fax 031 301 75 85, [svpja@svp.ch](mailto:svpja@svp.ch)

**Postadresse:**

Generalsekretariat SVP, Brückfeldstr. 18, Postfach, 3000 Bern 26  
Tel 031 302 58 58, Fax 031 301 75 85, [svpja@svp.ch](mailto:svpja@svp.ch)

**Abonnementspreise:**

Jahresabonnement für Nicht-Parteimitglieder 35.-  
Parteimitgliedern wird die Zeitung gratis zugestellt.

**Bankverbindung:**

Stiftung SVPja, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

**Druck:**

Verlag Zofinger Tagblatt, Henzmannstr. 18, 4800 Zofingen  
Tel. 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

**Adressänderungen:**

siehe Adresse **„Druck“**



# Bundesrat muss Mass halten

**Der Nationalrat hat einen SVP-Vorstoss unterstützt, der die Ausgabenkompetenz des Bundesrates in dringlichen Fällen auf 100 Millionen Franken beschränkt. Bei höheren Beträgen soll künftig zwingend das Einverständnis des Parlaments eingeholt werden. Der Vorstoss wurde im Dezember 01 als Folge des Swissair-Debakels eingereicht.**

Als Folge des Swissair-Konkurses hat der Bundesrat im Oktober 2001 ohne Rücksprache mit dem Parlament einen Kredit von über 2 Milliarden Franken für die Weiterführung der Swissair und den Start der Swiss gesprochen. Als das Parlament an der Swissair-Sondersession vom November 2001 zusammenkam, war das Geld bereits ausgegeben. Der Bundesrat berief sich bei diesem dringlichen Kredit auf das

Finanzhaushaltgesetz, das ihm in Fällen, die „keinen Aufschub“ ertragen, eine unbeschränkte Vollmacht erteilt.

Der Fall Swissair hat gezeigt, dass diese Regelung unbefriedigend ist. Der Bundesrat hat eigenmächtig und unter Ausschluss des Parlaments über 2 Milliarden Franken Steuergelder ausgegeben. Nachfolgende Volksabstimmungen in diversen Kantonen - u.a. auch

im Kanton Zug - haben gezeigt, dass das Volk bei derartigen Ausgaben viel zurückhaltender ist als der Bundesrat. Eine verstärkte Kontrolle durch das Parlament ist daher sehr wichtig. Der Bund hat über 100 Milliarden Schulden. Seine Kasse erträgt es nicht, dass unbesehen Milliardenbeträge ausgegeben werden.

Am vergangenen 10. März hat der Nationalrat einen SVP-Vorstoss behandelt, der die Ausgabenkompetenz für den Bundesrat auch bei dringenden Fällen auf 100 Millionen Franken beschränkt. So soll verhindert werden, dass ohne Zustimmung des Parlaments gigantische Summen ausgegeben werden. Sollte eine Ausgabe, die diese Grenze überschreitet, innert Tagen bewilligt werden müssen, können



► **Nationalrat Marcel Scherer, Hünenberg (ZG)**

National- und Ständerat genügend schnell zu einer Sondersession aufgeboten werden. Mit 91 zu 84 Stimmen unterstützte der Nationalrat den Vorstoss. Die Staatspolitische Kommission wird nun an den Details der Umsetzung arbeiten. ◀

## **STADLER**

*Clevere Lösungen auf der Schiene*

### *Damit Bahnfahrten Spass macht.*

Stadler Bussnang AG  
CH-9565 Bussnang  
Telefon +41 (0)71 626 20 20  
E-Mail [stadler.bussnang@stadlerrail.ch](mailto:stadler.bussnang@stadlerrail.ch)  
[www.stadlerrail.com](http://www.stadlerrail.com)





# Hohe Bedeutung der Tourismusförderung

Tourismusförderung ist wie in anderen europäischen Ländern auch in der Schweiz eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung dieses Wirtschaftszweigs. Der Tourismus gehört zu den wichtigsten Exportbranchen und bietet in der Schweiz mehr als 300'000 Arbeitsplätze an. Gegenwärtig wird in den Eidgenössischen Räten das Tourismusprogramm 2003 bis 2007 diskutiert.

## Unsichtbarer Export

Der Beitrag des Tourismus an die Exporteinnahmen liegt bei 7 %. Die Mehrheit der Gäste kommt aus dem Ausland. Wenn sie touristische Dienstleistungen beanspruchen, hat dies auf die schweizerische Zahlungsbilanz dieselbe Wirkung wie der Export von Waren. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass der Tourismus im Gegensatz zu den bekannten Exportbranchen standortgebunden ist und seine Ressourcen (Mitarbeitende und Waren) in der hochpreisigen Schweiz beschaffen muss. Die Metall- und Maschinenindustrie oder die chemische Industrie, die ihre Produkte ins Ausland verkauft, kann sich ebenfalls auf Förderungsinstrumente des Bundes, auf die OSEC als Netzwerkerin und die Exportrisikogarantie stützen.

## Staatspolitische Bedeutung

Der Wirtschaftsaufschwung darf nicht nur in den Agglomerationen thematisiert werden. Regionaler Ausgleich schafft nationalen Zusammenhang. In vielen touristischen Gebieten basiert die wirtschaftliche Produktivität zu einem grossen Teil auf dem Tourismus (z.B. im Berner

Oberland: ca. 51 %, in Mittelbünden: ca. 71 %). Der Bund ist gefordert.

## Förderungs-Mix

Der Bund kennt heute direkte und indirekte Tourismusförderungsinstrumente: die Hotelförderung über die Schweizerische Gesellschaft für Hotelkredit, die Seilbahnförderung über Investitionshilfen für Berggebiete und den Sondersatz der Mehrwertsteuer für Beherbergungsleistungen. Indirekt fördert der Bund die Tourismusedwicklung über Beiträge an innovative Projekte, u.a. zu Gunsten der Qualität und der Qualifizierung im Tourismus.

Er führt eine Tourismusstatistik, die unbedingt den heutigen Anforderungen angepasst werden müsste. Und schliesslich fördert er die Nachfrage im Ausland für die Schweiz als Tourismus- und Reiseland, indem er die öffentlichrechtliche Marketingorganisation Schweiz Tourismus massgeblich unterstützt.

Mehrere dieser Förderinstrumente stehen gegenwärtig zur Diskussion. Die Förderung von Innovation und Zusammenarbeit im Tourismus und die Hotelförderung sind auf der Traktandenliste des Nationalrats in der Mai-Session.

## Mit Innovationsförderung zu mehr Wettbewerbsfähigkeit

Der Tourismus durchschreitet gegenwärtig eine Talsohle. Die schwierige Konjunkturlage und der starke Schweizer Franken wirken sich direkt auf die Gästefrequenzen aus. Allein die Wechselkursentwicklung führte seit 1999 zu einer Verteuerung der touristischen Leistungen für ausländische Gäste um gegen 10 %. Für einen nachhaltigen Erfolg der Tourismuswirtschaft im internationalen Wettbewerb sind wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen die Grundvoraussetzung. Darüber hinaus ist der Tourismus auf einen weiteren Innovationschub angewiesen. Der Bund soll über Fördermittel die Entwicklungskosten für grössere Projekte mitfinanzieren und mithelfen, dass in betriebs- und branchenübergreifender Kooperation neue Angebote entwickelt und das professionelle Destinationsmanagement von touristischen Regionen gestärkt werden kann.

## Mit Hotelförderung zum Strukturwandel

Die Hotelförderung ist wie bereits erwähnt ebenfalls auf der aktuellen politischen Agenda. Investitionsimpulse sollen die dringend notwendige Erneuerung zukunftsfähiger Beherbergungsbetriebe möglich machen. Mit befristet zugesagten Bundesdarlehen werden die Um- und Ausbauten in ertragsstarken, aber eigenkapitalschwachen Hotels finanzierbar.



## Kurzportrait

Judith Renner-Bach, Vizepräsidentin der SVP-Kanton Bern, ist seit Oktober 2002 Direktorin des Schweizer Tourismusverbandes. Vorher leitete die 49jährige Seeländerin während sechs Jahren das Amt für Berufsbildung in der Berner Erziehungsdirektion. Judith Renner-Bach ist verheiratet und wohnt in Wahlendorf.

## Zuckerbrot und Peitsche

Mit den beiden Vorlagen wird die Grundlage für eine nachhaltige Förderung der Innovationskraft des Schweizer Tourismus geschaffen. Sie geben ein wichtiges Signal in einer konjunkturell schwierigen Zeit und motivieren die Unternehmerinnen und Unternehmer, ihr Angebot noch vermehrt dem Markt anzupassen und gleichzeitig die Produktivität ihrer Betriebe zu entwickeln. Beide Vorlagen können jedoch die Tatsache nicht verschleiern, dass mit der geplanten Streichung des Mehrwertsteuer-Sondersatzes im Rahmen der neuen Bundesfinanzordnung der Beherbergungsindustrie und ihren Gästen massive Steuererhöhungen drohen, die die Förderungsbeträge gemäss den beiden Finanzierungsbeschlüssen um ein Mehrfaches übersteigen. ◀



# Führungswechsel bei der Glarner SVP

Anlässlich der Delegiertenversammlung vom 26. Februar wechselte das Präsidium der SVP des Kantons Glarus von Ständerat This Jenny zu Landrat Peter Rothlin. Zudem hat die Parteileitung mit einem neuen Kantonalsekretär und einem neuen Vizepräsidenten weitere Mutationen erfahren.

Im Jahresbericht des Präsidenten ging Ständerat This Jenny vor allem auf die Situation des Mittelstands ein. Aufgrund der Umverteilungspolitik in Bern sei der Mittelstand zu einer Finanzierungsquelle der öffentlichen Hand geworden.

und bezeichnete diese als negativen Höhepunkt der jüngsten SVP-Geschichte. Es sei geschehen, was angesichts der damaligen Konstellation nicht zu vermeiden war. Auch mit den Ergebnissen der Landratswahlen dürfe man nur bedingt

## Neue Parteispitze, neue Statuten, neues Leitbild

Unter dem Traktandum Wahlen bestätigte Ständerat This Jenny, dass sein mehrfach angekündigter Rücktritt nun Tatsache werde. Nach langer, intensiver Suche freue es ihn umso mehr, einen fähigen Nachfolger vorschlagen zu dürfen. Nach einer kurzen Vorstellung des Kandidaten wurde Landrat Dr. Peter Rothlin (Oberurnen) mit einem Landammann-Mehr zum neuen Parteipräsidenten gewählt. Der neue Präsident dankte für das entgegengebrachte Vertrauen und erzählte kurz seine Beweggründe für seinen damaligen Parteibeitritt (1988).

Ebenfalls neu besetzt werden konnte das Vizepräsidium, welches seit dem Rücktritt von Hanspeter Gisler vakant war. Hier springt Fraktionspräsident Martin Landolt in die Bresche. Als Revisor folgt Hanspeter Aschwanden (Haslen) auf Peter Rothlin.

## 100 Jahre SVP des Kantons Glarus

Zum Schluss der Versammlung orientierte This Jenny über die Festivitäten bezüglich des 100jährigen Partei-jubiläums und ermunterte zur Teilnahme. Erich Wettstein regte intensivere Kontakte zu anderen Kantonalparteien an, wie dies früher Usanz gewesen sei. Die abtretende Parteisekretärin Gret Menzi blickte auf ihre langjährige Tätigkeit zurück und dankte für die Zusammenarbeit. Regierungsrat Röbi Marti zeichnete schliesslich für eine humorvolle Ver-

abschiedung des scheidenden Parteipräsidenten verantwortlich.

## Ein starkes Gespann

Mit This Jenny und Gret Menzi verliert die Glarner SVP ein schlagkräftiges Führungsgespann, welches während Jahren die Parteiführung prägte. This Jenny startete seine SVP-Karriere als Präsident der Sportkommission und wurde 1992 zum Parteipräsidenten erkoren. Als Gemeinderat und Landrat wurde er 1998 in den Ständerat gewählt und konnte so seine kommunalen und kantonalen Aktivitäten nun auf Bundesebene erweitern. In seiner Laudatio bezeichnet Regierungsrat Röbi Marti den abtretenden Präsidenten als „Mischung zwischen Napoleon und James Bond“. Obschon er seiner persönlichen Überzeugung konsequent folge, sei er stets tolerant gegenüber Andersdenkenden. Als Mann des Volkes habe er einen guten Draht zur Bevölkerung und nehme insbesondere auch die Anliegen der Arbeitnehmer wahr. Gret Menzi war schon als 29jährige bei der Gründung der Jungen SVP dabei und startete dort als Vorstandsmitglied ihre politische Laufbahn, welche sie in den Zentralvorstand der SVP Schweiz sowie in diverse nationale Kommissionen führte. Als Kantonalsekretärin war sie während langer Zeit das Herz und die Seele der Partei. Zu ihren Anliegen gehören unter anderem die Frauen in der SVP, auf deren Minderzahl sie stets hinweist. Gret Menzi stammt aus einer grossen, engagierten SVP-Familie. Mit ihrem Rücktritt geht die Ära „Matthias Elmer“ in der SVP wohl definitiv zu Ende. ◀



Die alte und neue Führungscrow der SVP GL (v.l.n.r.): Christian Eggenberger, Gret Menzi, Ständerat This Jenny, Landrat Peter Rothlin

Initiative und Engagement werden zunehmend mit höheren Steuern bestraft. Die hohen Lasten können so zu einer regelrechten Bremse jeglicher Dynamik werden. This Jenny bedauert hier die mangelnde Bereitschaft der Politik, auch dort einzugreifen, wo man keine Lorbeeren ernten kann.

Noch einmal blickte This Jenny auf die vergangenen Regierungswahlen zurück

zufrieden sein, da keine Sitze gewonnen werden konnten.

Als wesentlich erfreulicher darf hier der Landsgemeindeentscheid zugunsten von fünf vollamtlichen Regierungsräten gewertet werden.

Dies war ebenso im Sinne der SVP wie auch die letzten Volksabstimmungen, bei denen die SVP als einzige Partei im Kanton stets auf Mehrheitskurs war.



# Bauern zwischen Aufbruch und Resignation

## Standpunkt

Die Revision des Landwirtschaftsgesetzes, besser bekannt unter dem Stichwort Agrarpolitik (AP) 2007, nimmt langsam Konturen an. Obwohl der Nationalrat die Beratungen noch nicht abgeschlossen hat, stehen die Pfeiler der erneuerten Agrarpolitik fest. Kernstücke sind die Aufhebung der Milchkontingentierung auf das Jahr 2009 sowie die Versteigerung der Fleischkontingente anstelle der Inlandleistung. Die SVP hat im Parlament beide Vorschläge bekämpft. Die Befürchtungen sind einfach und handfest: Das schwächste Glied der Kette im Markt sind

die Bauern als Produzenten. Von den beschlossenen Liberalisierungen dürften vorab die starken Marktpartner - Grossverteiler und Verarbeiter - profitieren, vielleicht partizipieren auch die Konsumenten daran. Den Letzten - wie es der Volksmund treffend sagt - beißen die Hunde.

Die beschlossenen Massnahmen werden das Einkommen der Bauern ohne Kompensationsmöglichkeit weiter schmälern, wobei insbesondere Familien in Rand- und Bergregionen betroffen sein werden. Wirtschaftlich schwache Regionen werden besonders gebeutelt. Täglich verschwinden zurzeit rund sechs Landwirtschaftsbetriebe, damit werden jährlich 2'000 - 3'000 Arbeitsplätze in ländlichen Regionen abgebaut. Weitere Arbeitsplatzverluste im Gewerbe kommen dazu.

## Auswirkungen unklar

Die Aufhebung der Milchkontingentierung wird diese Entwicklung in Rand- und Bergregionen beschleunigen. Ohne Milch verlieren die Betriebe einen Teil der Arbeit und damit Einkommen und Wertschöpfung. Nachdem die SVP im Parlament unterlegen ist, hat die Fraktion eine Motion eingereicht, mit der sie den Bundesrat auffordert, die Auswirkungen dieses Beschlusses genauer zu untersuchen und Vorschläge zu unterbreiten. Die SVP ist überzeugt, dass der Nutzen dieser Beschlüsse ohne flankierende Massnahmen wesentlich kleiner sein wird als der volkswirtschaftliche Schaden für unser Land. Betroffen ist der ländliche Raum als Ganzes, nicht nur die Landwirtschaft.

Mit Nachdruck fordert die SVP endlich ein Kostensenkungsprogramm, das diesen Namen auch verdient. Leider hat es der Bundesrat abgelehnt, mit einer Entlastung bei der Mehrwertsteuer Impulse für zukunftsfähige Betriebe zu schaffen. Die Bauern brauchen nicht mehr staatliche Unterstützung, sondern freiheitliche Rahmenbedingungen und faire Preise. ◀

Nationalrat Ueli Maurer, Präsident SVP Schweiz

Freiwilliger Abonnements-Beitrag Parteizeitung SVPja

## Wahltag ist Zahltag



Im Oktober finden Gesamterneuerungswahlen von National- und Ständerat statt. Das Schweizer Volk wird an der Urne darüber entscheiden, wem die Führung unseres Landes für die nächsten 4 Jahre übertragen wird. Es wird die Quittung für die politischen Leistungen der vergangenen Legislatur ausstellen. Wer gut gearbeitet hat, wird belohnt.

Wahltag ist aber auch aus einem anderen Grund Zahltag. Für die Parteien bedingt ein Wahlkampf immer auch grossen finanziellen Aufwand. Veranstaltungen, Inserate, Plakate, Parteiprogramme, Internetseiten etc. kosten viel Geld, das nur über Spenden eingenommen werden kann.

Falls Sie die SVP und unsere Parteizeitung SVPja im Wahljahr unterstützen wollen, können Sie dies mit dem beigelegten Einzahlungsschein tun. Der freiwillige Abonnements-Beitrag beträgt 35 Franken. Wer mit der SVP zufrieden ist, kann gerne aufrufen. Daneben gibt es selbstverständlich auch die Möglichkeit, uns über Inserate zu unterstützen. Unter Telefon 031 302 58 58 geben wir Ihnen dazu gerne Auskunft. ◀

**Herzlichen Dank!**